

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 D8
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 27

7. Februar 1984

Erhard Eppler, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, analysiert die Auswirkungen des US-Budgets auf die Entwicklungsländer und stellt anklagend fest: Die Ärmsten zahlen die Zeche.
Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, resümiert die Anhörung des Bundestages über alternative Strategien: Chance und Aufgabe für die SPD.
Seite 3

Georg Bamberg MdB, Mitglied im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, fordert wirksame verkehrspolitische Reformen: "Höchste Eisenbahn" für ein neues Bahn-Konzept.
Seite 5

Heinz Rapp MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, würdigt den brasilianischen Erzbischof Dom Helder Camara, der heute 75 Jahre alt wird: Ein Christ, der zum Symbol der Hoffnung wurde.
Seite 6

Die Ärmsten zahlen die Zeche

Das US-Budget und die Entwicklungsländer

Von Erhard Eppler
Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD

Das Defizit im US-Haushalt soll im Haushaltsjahr 1985 (das im Oktober 1984 beginnt) wieder 180,4 Milliarden Dollars ausmachen. Und dies mitten im Aufschwung, wo die Steuerquellen sprudeln. Im Kongreß wird sich noch einiges ändern, noch mehr durch den Vollzug des Haushalts. Jedenfalls: das Defizit dürfte etwa beim Dreifachen dessen bleiben, was Ronald Reagan vor seiner Wahl für unerträglich gehalten hatte. Der amerikanische Kapitalmarkt wäre mit solchen Defiziten - zumal im Boom - überfordert, ströme nicht von allen Seiten Kapital in die USA, das exakt von den hohen Zinsen zu profitieren hofft, die solche Defizite nach sich ziehen.

Insofern zahlen wir alle dieses Defizit mit. Der Dollar wird überbewertet bleiben, ganz besonders gegenüber Währungen von Ländern, die den Spekulanten in Krisenzeiten buchstäblich zu nahe am Schuß sind.

Kein Land der Erde könnte, ohne in enorme Defizite zu schlittern, sein Rüstungsbudget - inflationsbereinigt - jährlich um gut zehn Prozent steigern. Aber das Krisenbudget treibt die Krise, und die Krise treibt den Dollar. Das Defizit treibt die Zinsen, und die Zinsen saugen das Kapital an. Ökonomisch sind die USA unbestritten Nummer eins. Und als Nummer eins können sie sich leisten, was sonst niemand sich leisten könnte. Die andern zahlen mit, heute wie im Vietnamkrieg.

Am schlimmsten zahlen die armen Länder. Hier ist nicht der Ort, nachzuzeichnen, wie die Verschuldung der Entwicklungsländer sich in zehn Jahren beinahe verzehnfacht hat. Sicher ist nur, daß die heute am hoffungslosesten verschuldeten Länder einst die Musterkneben westlicher Entwicklungstheoretiker und Wirtschaftspolitiker waren. Was wird aus einem Land, dessen ganze "Entwicklung" mit



dem Ölpreis steht und fällt? Mexiko nähert sich dem Bankrott, weil es für sein Öl zu wenig bekommt, Brasilien, weil es dafür zuviel zu bezahlen hat.

Steht ein Land wie Brasilien mit knapp hundert Milliarden Dollar in der Kreide, so bedeutet ein Prozent mehr Zins eine Milliarde mehr Schuldendienst. Auf jeden Bewohner Brasiliens, auch auf jedes der vielen Kinder in den Slums am Rande von Sao Paulo, kommen heute etwa 300 DM Zinsen für die Auslandsschuld. Knapp 90 Prozent der brasilianischen Exporterlöse werden vom Schuldendienst aufgeessen. In Mexiko sind es etwa 60 Prozent, ebenso in Chile, in Argentinien mehr als 100 Prozent.

Hohe Verschuldung, ein starker Dollar und ein - von den USA bestimmtes - hohes Zinsniveau treibt ein Land nach dem andern in die Hände des Internationalen Währungsfonds. Was dann geschieht, hat der nicht eben linksverdächtige Rudolf Herlt in der ZEIT so beschrieben: (Nr. 49/83)

"Die Schuldner versuchen in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Sanierungsprogramm auszuhandeln, das ihre Wirtschaftspolitik in Bahnen lenkt, die die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes erhalten oder verbessern sollen. Gleichsam als Entgelt erhält das Schuldnerland dafür vom IWF Kredite, wenn es die Auflagen des Sanierungsprogramms erfüllt.

Gleichzeitig nehmen die Schuldnerländer mit ihren Gläubigerbanken Verbindung auf und vereinbaren Umschuldungen. Die Fälligkeiten der Schulden werden hinausgeschoben, Zinsen aber müssen weiter gezahlt werden. Damit die Zinsen gezahlt werden können, müssen die Banken neue Kredite geben. Auf diese Weise wird die Fiktion aufrechterhalten, daß der Schuldner noch nicht total zahlungsunfähig ist."

Natürlich werden Sanierungsprogramme weniger ausgehandelt als diktiert, und zwar nach den Maßstäben der Reagonomics, die auch für die gewissenhaften Beamten des Fonds gelten. So wird über eine internationale (in Washington angesiedelte) Bank mit Hilfe scheinbar technokratischer Ratschläge politische Macht ausgeübt. Zu welchem Zwecke sonst hätte es einen Sinn, die "Fiktion" der Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten?

Der IWF diktiert das Budget, die Ausgaben für Kultur oder Soziales (die militärischen sind meist tabu), er diktiert Mindestlöhne und Brotpreise. Mehr als vierzig Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika hängen so am Tropf des Währungsfonds. Staatliche Souveränität wird zur Farce. Man stelle sich vor, die Sowjetunion hätte ein so unauffälliges und doch unfehlbar wirksames Instrument zur Hand, mit dem sie in die Dritte Welt hineinregieren könnte? Die Panik im Westen wäre kaum auszudenken. In Wirklichkeit muß die Sowjetunion zusehen, wie sogar Länder des eigenen Blocks froh wären, wenn der Fonds sie unter seine Fittiche nähme.

Ein Rüstungsprogramm, wie es in Friedenszeiten so noch keines gegeben hat, reißt das Defizit. Das Defizit treibt die Zinsen. Und alle, alle zahlen. Weil Mahnungen und Bitten die Herren Reagan und Regan zu keiner anderen Haushaltspolitik bewegen können, dürfen und müssen die Beamten des IWF einem Land nach dem andern die Haushaltspolitik diktieren. Weil eine Regierung sich nichts sagen läßt, müssen sich immer mehr andere Regierungen alles sagen lassen. Alle Tiere sind gleich. Aber einige sind doch gleicher als andere.

Das kann nicht gut gehen. Das führt zu immer neuen Krisen, in Tunesien, Marokko, Brasilien. Dafür muß man gerüstet sein. Auch dafür brauchen die USA ein hohes Rüstungsbudget. Und im Übrigen: Die Krise treibt den Dollar. Die Krise nährt die Krise.

Ein Glück, daß immer mehr Banker für den Tag vorsorgen, wo dies alles nicht mehr weitergeht. Ein Glück, daß sie ihren Regierungen sagen, in welchen Strudel diese Politik sie und uns alle reißen kann. Viel Erfolg haben sie bislang nicht gehabt. Es ist schwer vorstellbar, daß jemand Re-Kolonisierung betreibt, ohne sie zu wollen.

(-/7.2.1984/ks/rs)

+ + +



Um alternative Strategien bemühen!

Die SPD hat auf diesem Gebiet der Verteidigungspolitik eine große Aufgabe

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die gestern abgeschlossenen Anhörungen des Verteidigungsausschusses über "Alternative Strategien" haben gezeigt, daß die SPD bei den notwendigen Neuüberlegungen eine Art geistiger Führung wahrzunehmen hat. CDU/CSU und FDP befleißigten sich mit Feststellungen durch entsprechende Nominierungen von Sachverständigen, daß an der Sicherheitsstruktur alles schon in Ordnung sei - und dies angesichts unverkennbarer finanzieller Sackgassen bei Fortführung der jetzigen Strukturen. Die Grünen sind sich dagegen über die politischen Grundlagen - NATO, Existenz der Bundeswehr - einer bundesdeutschen Sicherheitspolitik nicht im klaren, so daß konstruktive Anregungen von ihnen nicht zu erwarten sind. Wenn alternative Strategien nicht von der SPD erörtert werden, werden sie auf der parteipolitischen Ebene von niemandem erörtert. Hier liegt die große Aufgabe und zugleich Chance für die SPD.

Eine ausführlichere Auswertung der Anhörungen des Verteidigungsausschusses muß in den nächsten Monaten stattfinden. Übereilte Schlußfolgerungen wären keine solide Grundlage. Eine vorläufige erste Auswertung der Anhörungen ist gleichwohl möglich. So zeigte sich trotz der großen Bandbreite der unterschiedlichsten, von den einzelnen Fraktionen nominierten Sachverständigen, daß es in einigen Fragen durchaus bemerkenswerte Übereinstimmungen gibt:

1. Die Existenz von Chemiewaffen in der Bundesrepublik wurde nahezu ausnahmslos als überflüssig betrachtet. Auch eine einseitige Aufgabe der Chemiewaffen-Option wurde als militärisch unbedenklich anerkannt.
2. Die Notwendigkeit des Anhebens der nuklearen Schwelle und eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit stieß auf breiten Konsens.
3. Alle Experten (mit Ausnahme eines von den Grünen benannten Befürworters der ausschließlichen sozialen Verteidigung) waren der Meinung, daß irgendeine Form von nuklearem Abschreckungsdach zumindest auch noch mittelfristig erforderlich sei.
4. Die amerikanischen Air-Land-Battle-Überlegungen, die einen kombinierten und integrierten Einsatz von konventionellen, nuklearen und auch chemischen Waffen vorsehen, werden abgelehnt. Diese Ablehnung gilt damit auch der neuen amerikanischen Heeresdienstvorschrift Field Manual 100/5, gegen deren Übertragung auf Europa sich im Laufe der Anhörungen auch das Verteidigungsministerium deutlich gewandt hat.
5. Deutlich wurde, daß kein Sachverständiger eine Berufsarmee befürwortet.



Wenn allein schon aus diesen Übereinstimmungen aktuelle praktische Konsequenzen in der deutschen Sicherheitspolitik gezogen werden, so wären wir alle einen durchaus bemerkenswerten Schritt weiter.

Nicht zu übersehen ist jedoch, daß es eine Fülle von Fragen gibt, bei denen es unterschiedlichste Auffassungen gibt, und die auch nach Auffassung der Sachverständigen noch intensiverer Erörterung bedürfen. Es wurden viele denkbare Alternativen angeboten, dabei aber offen bekannt, wie viel Umsetzungsüberlegungen im einzelnen noch zu machen sind. Dieses zeigt sich insbesondere bei folgenden Fragen, die gegenwärtig noch von niemandem schlüssig beantwortet werden können:

1. Mit welchen Waffensystemen und Einsatzdoktrinen ist eine Konventionalisierung zu erreichen?
2. Wie ist der Zusammenhang zwischen neuen Verteidigungskonzeptionen auf dem konventionellen Sektor, einer Entnuklearisierung und einer Rüstungskontrollpolitik herzustellen?
3. Kostet eine Konventionalisierung zwangsläufig mehr, oder ist unter Berücksichtigung auch neuer technologischer Möglichkeiten eine Konventionalisierung bei gleichzeitigem Senken der Rüstungsausgaben möglich? Wo können und müssen bereits vorhandene konventionelle Strukturen ausgebaut und wo muß umgebaut werden?
4. Sollen Nuklearwaffen weiter nur Übergangswaffen sein, bis ein nuklearfreies Zeitalter erreicht ist, oder soll man sich auf Dauer auf die Existenz von Nuklearwaffen einrichten? Geschieht letzteres - und wenn auch nur in Form einer minimalen nuklearen Abschreckung - ist die Zielperspektive zwangsläufig eine andere, als wenn man Nuklearwaffen nur als Übergangstechnologie versteht.
5. Wie verträglich sind alternative konventionelle Verteidigungskonzeptionen mit den integrierten Bündnisstrukturen?
6. Können und müssen Veränderungen der Verteidigungskonzeptionen einseitig erfolgen, oder hängen Veränderungen von bilateralen Fortschritten bei der Kontrolle der Sicherheitssysteme in Ost und West zusammen?

Diese Fragen müssen bei den einzelnen Alternativkonzeptionen gestellt werden. Bleibt es bei dem Stand der bisherigen Anhörungen, so werden Alternativüberlegungen auf der Stelle treten. Der aufgenommene Faden muß von der SPD weitergeknüpft werden, wenn aus wertvollen Anregungen konkrete Anstöße werden sollen. Hierzu bedarf es einer zügigen, aber nicht überhasteten Diskussion. (-/7.2.1984/ks/rs)

+ + +



"Höchste Eisenbahn" für ein wirksames Bahn-Konzept

Der deutsche Verkehr muß neu geordnet werden

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Angesichts der dramatisch zunehmenden Umweltschäden, vor allem des Waldsterbens, ist es nun "höchste Eisenbahn", die politisch und historisch bedingten Gründe für die jetzige Bahnkatastrophe mit grundlegenden Verkehrs- und ordnungspolitischen Veränderungen auszumerzen. Mit dem sogenannten "Konzept der Bundesregierung zur Sanierung der Bahn" ist dieses Ziel nicht erreichbar, weil jetzt nur mehr radikales Umdenken weiterhilft. Einzelsanierung à la Dollinger zerstückelt die Bahn und gibt damit erheblich umweltfeindlicheren anderen Verkehrsmitteln noch mehr Raum, anstatt den einzig richtigen Weg einzuschlagen, mit einer gestärkten Eisenbahn ein bedeutendes Gewicht im Kampf um den Schutz der Natur vor dem Menschen zu behalten. Dabei böte das "Verkehrspolitische Programm für die Jahre 1968 bis 1972", der sogenannte Leberplan, so hervorragende Ansatzpunkte:

1. Mehr Güter auf die Bahn zu bringen,
2. Wettbewerbsverzerrungen bei den Verkehrswegen weiterzuführen,
3. Angebotsverbesserungen im Personenverkehr weiterzuführen,
4. durch attraktiven öffentlichen Personenverkehr und ausgewogene Arbeitsteilung zwischen Schiene und Straße eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu angemessenen Fahrpreisen zu erhalten,
5. den Eisenbahner von dem unerträglichen Druck zu befreien, in einem dauernd defizitären Unternehmen tätig zu sein.

Dem Verkehrsminister Dollinger kann man nur Hilflosigkeit, Desinteresse und Inkompetenz bescheinigen. Diese Einschätzung teilt anscheinend auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß. In einer vernichtenden Kritik - ausgedrückt in einem Brief an den Bundesfinanzminister - nennt er dieses Konzept "schwammig, unzureichend und zu nichts führend". Bleibt nur mehr die Frage, ob Dollinger bei der vorgesehenen Kabinettsreform ebenfalls ausgetauscht wird.

Radikales Umdenken heißt der Weg der Angebotsverbesserung, wie er in der Schweiz, in Dänemark, in den Niederlanden und in Frankreich gegangen wird, auch für die Deutsche Bundesbahn.

Im Personenverkehr ist der einzig mögliche und richtige Weg, die positiven Erfahrungen eines verbesserten Schienen-Personennahverkehrs in Ballungsgebieten auf die Fläche zu übertragen. Dies kann geschehen durch die Einführung eines stündlichen Taktverkehrs, wobei die Verkehrsbedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum, auch in Bezug auf die Preisgestaltung, berücksichtigt werden müssen.

Im Übrigen gibt es große Rationalisierungsmöglichkeiten durch Einführung neuer, vereinfachter und trotzdem sicherer Betriebsarten sowie durch Einmannzüge. In diesem Sinne werden - erstmals - Anträge auf Wiedereröffnung von für den Personenverkehr bereits stillgelegten Strecken zu stellen sein.



Dom Helder Pessoa Camara

Dem Erzbischof von Olinda und Recife zum 75. Geburtstag

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD
Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Mehrere Attentatsversuche hat er überlebt, Mitarbeiter wurden eingeschüchtert, gefoltert, ermordet - er aber verkündet und praktiziert den gewaltfreien Kampf gegen die Gewalt, die strukturelle des ungebändigten Kapitalismus wie die direkte der Repression. Er predigt Feindesliebe - und ruft zur Revolution auf, zur Umwälzung entwürdigender Verhältnisse. Ein sehr leiser, sehr unscheinbarer Mann von ungewöhnlicher Liebesswürdigkeit ist er - sein Wort aber wird weltweit als die Stimme derer gehört, "die keine Stimme, keine Chance haben". Die Regierung seines Landes - damals die Militärregierung - läßt ihn totschweigen, erklärt ihn, als das nicht hilft, zur nationalen Gefahr, denunziert ihn als Kommunisten - sein Werk aber ist die Erneuerung der lateinamerikanischen Kirche, die er prägt wie kein anderer. Zentral gelenkte Verleumdungskampagnen sollen ihn international unmöglich machen - er nutzt seine Urlaube, um in Europa, USA, Japan entscheidende Durchbrüche eines neuen christlichen Denkens in weltweiten und eines neuen sozialen Denkens in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen zu erzielen.

Dom Helder Camara, Bischof und Hirte über 21 Millionen Gläubige der Diözese Olinda und Recife - der ärmsten Region Brasiliens, drei Viertel der Bevölkerung leben im Elend - wird am 7. Februar 75 Jahre alt (der Mann, dessen frühe Erkrankung an Tuberkulose nie ganz ausgeheilt ist). Nach seiner Herkunft und bei seinen vielfältigen Begabungen war ihm in seinem Land eine privilegierte Existenz vorgezeichnet. Er hat sich nicht leicht getan, seinen Weg zu finden. Zeitweise verirrt er sich in den Faschismus. Er bringt das in Ordnung - durch sein Leben. 1931 wird er Priester, er ist Nationalsekretär der Katholischen Aktion, Staatssekretär für das Erziehungswesen in Rio gewesen. 1964 wird er Bischof - wiederum liegt, in der Tradition der Kirche seines Landes, die Chance einer privilegierten Existenz in Macht und Pracht vor ihm.

Camara aber verläßt die in seinem Land besonders sorgfältig abgeschirmte Welt der Reichen und Mächtigen (der Mächtigen weil Reichen), sucht und findet seinen Weg in



der Welt der Armen, in der "Kirche der Armen". Soziale Ungerechtigkeit, die Spaltung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete: er nennt es Sünde, Beleidigung Gottes. (Was aber können damit die Marxisten anfangen?). Er erkennt, daß die passive Hinnahme des Elends durch die Elenden Ursache wie Konsequenz des Elends selbst ist: Erst muß der Fatalismus aufgebrochen, muß Wissen vermittelt und Gewissen aufgerüttelt werden, der "lange, behutsame Weg der Bewußtwerdung und Bewußtseinsbildung" ist sein Programm "des geduldigen Kampfs gegen Rechtlosigkeit, Analphabetentum und menschliche Unterentwicklung".

Er weiß, daß "bloße" Gesinnungsreform ohne Änderung ungerechter Strukturen nicht trägt - und vergißt nicht, daß es ohne Umkehr der Herzen zu einer tragfähigen Strukturreform nicht kommen kann. Die Unbarmherzigen erfahren durch ihn, daß sie auch ihre eigenen menschlichen Möglichkeiten verkürzen.

Das Kreuz als das Symbol christlicher Hoffnung hat eine horizontale und eine vertikale Erstreckung. Dom Helder Camara hat das in einer Frömmigkeit der Gottes- und der Nächstenliebe gelebt, die ihn selber zu einem Symbol der Hoffnung unserer Zeit hat werden lassen.

Pflichtgemäß wird Dom Helder Camara heute, an seinem 75. Geburtstag, beim Papst in Rom das Rücktrittsgesuch vom Bischofsamt einreichen. Ob sein prophetischer Ruf in der Kirche nachhallen und der Nachhall aufnahmebereite Ohren und Herzen finden wird? Spirituelle und soziale Erneuerung tun not, und beide sind nur zusammen zu gewinnen. (-/7.2.1984/ks/rs)

+ + +

